

Beschluss 3.2. Frauen - Gleichberechtigung durchsetzen

Antragsteller*innen:

Text

1562 Wir Grünen setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der sich unterschiedliche
1563 Lebensentwürfe von Frauen und Männern gleichberechtigt verwirklichen lassen.
1564 Nach wie vor ist die Gleichberechtigung von Frauen noch nicht erreicht. Daher
1565 ist es erforderlich, dass dieser Bereich bei den gesetzlichen Vorgaben
1566 berücksichtigt wird.

1567 Der gleiche Lohn für die gleiche Arbeit muss auch im MKK selbstverständlich
1568 werden. Die derzeit noch bestehende Lohn-Diskrepanz muss aufgehoben werden. Eine
1569 angemessene Bezahlung ermöglicht den Frauen ein selbstbestimmtes Leben und hat
1570 Auswirkungen auf die Rente. Frauen dürfen nicht in Mini-Jobs gedrängt werden, in
1571 denen sie keine gesetzliche Absicherung haben und nichts in die Rentenkasse
1572 eingezahlt wird. Wir setzen ebenfalls auf die Begrenzung von Leiharbeit und die
1573 Vermeidung von befristeten Arbeitsverträgen.

1574 Gerade im Hinblick auf Altersarmut, von der Frauen bedingt durch ihre
1575 Erwerbsbiografie stärker betroffen sind, setzen wir uns für eine Abschaffung der
1576 Mini-Jobs ein.

1577 Eine Aufwertung aller Pflegeberufe ist überfällig. Gerade die Corona-Epidemie
1578 hat erneut gezeigt, welche Berufe systemrelevant sind. Diese Berufsgruppen
1579 müssen aufgewertet und besser bezahlt werden.

1580 Viele Frauen sind sehr gut ausgebildet und hoch qualifiziert. Mehr als 50 % der
1581 Hochschulabschlüsse werden von Frauen absolviert. Das muss sich auch in den
1582 Verwaltungen, den Aufsichtsräten und den Unternehmen widerspiegeln. Für uns
1583 Grüne ist es erforderlich, die Quote für Frauen in den oberen Führungsetagen auf
1584 mindestens 50 % zu erhöhen und die Umsetzung einzufordern. Dies gilt
1585 selbstverständlich auch für die Kreisverwaltung und die kreiseigenen
1586 Gesellschaften.

1587

1588 Wir wollen mehr Frauen für die Kommunalpolitik im Main-Kinzig-Kreis
1589 begeistern. Wir wollen Frauen motivieren, sich kommunalpolitisch zu beteiligen
1590 und somit das kommunale Ehrenamt stärken. Dazu müssen Bedingungen für die
1591 Ausübung eines politischen Mandats geschaffen werden, die auf die
1592 Lebenswirklichkeit von Frauen angepasst werden.

1593 Familienfreundlich terminierte Parlaments- und Ausschusssitzungen, die zeitlich
1594 begrenzt sind, können das politische Engagement von Frauen erleichtern.

1595 Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gute Kinderbetreuung
1596 unabdingbar. Der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder aller Altersstufen – von
1597 einem bis zwölf Jahre – ist für uns eine wichtige Forderung.

1598 Gleichzeitig wollen wir Anreize schaffen, um den Vätern die Möglichkeit von
1599 Elternzeit und Arbeit in Teilzeit ohne Verlust des Status zu ermöglichen. Nach
1600 Untersuchungen der Bundesregierung wollen sich mehr als 60 % der jungen Väter
1601 mehr in der Familienarbeit engagieren.

1602 Alleinerziehende Frauen und deren Kinder bedürfen einer besonderen Förderung, um
1603 der Kinderarmut vorzubeugen. Mit besonderen Zuschüssen und der Abschaffung des
1604 Ehegattensplittings wollen wir für eine Verbesserung sorgen.

1605 Wir Grünen sind gegen Diskriminierung und alle sonstigen Formen von Gewalt.
1606 Gewalt und gerade häusliche Gewalt, sind in unserer Gesellschaft alltäglich,
1607 jeden dritten Tag wird eine Frau im Rahmen einer Beziehungstat getötet. Wir
1608 setzen uns daher für eine strukturelle Veränderung unserer Gesellschaft hin zur
1609 Gewaltfreiheit ein. Die Frauenhäuser im MKK müssen als Zufluchtsstätte für
1610 Frauen finanzielle Unterstützung erhalten. Ebenfalls die Beratungsstelle
1611 „Lawine“ als Anlaufstelle für sexuell missbrauchte Frauen und Mädchen. Wir
1612 Grünen fordern besondere Wohnprojekte, die sich speziell an Frauen richten und
1613 bezahlbaren Wohnraum ermöglichen.

1614

1615 Auch in der heutigen Zeit sind Frauen* leider immer noch von sogenannten
1616 Angsträumen (dunkle Straßen, Bahnhöfe, Heimweg in der Nacht) betroffen. Solche
1617 Angsträume müssen konsequent bekämpft werden. Wir fordern zu dieser Problematik
1618 Präventionsmaßnahmen wie Frauen*taxen und Belebung von dunklen Orten.

1619

1620 Frauen mit Migrationahintergrund, die im Main-Kinzig-Kreis ankommen, sollen von
1621 SozialarbeiterInnen unterstützt werden. Eine Beratungsstelle und ein
1622 interkulturelles Zentrum sollen ihnen das Ankommen im Main-Kinzig-Kreis
1623 erleichtern. Insbesondere soll dort über das Betreuungsangebot für Kinder
1624 informiert werden.

1625 Deutschkurse für alle Frauen mit Migrationshintergrund in einem geschütztem
1626 Rahmen mit garantierter Kinderbetreuung sind für uns eine
1627 Selbstverständlichkeit.